



Presseinformation

Nr. 306/2011

Kiel, Freitag, 3. Juni 2011

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Katharina Loedige, MdL
Stellvertretende Vorsitzende

Günther Hildebrand, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Finanzen / Schuldenbremse

Katharina Loedige: Konsolidierungspfad: Ja oder Nein? SPD-Fraktion muss jetzt Farbe bekennen!

Zum Interview des SPD-Spitzenkandidaten Torsten Albig mit der [Rheinischen Post](#) und der darin enthaltenen Forderung, den Konsolidierungspfad zu verlassen, erklärt die finanzpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Katharina Loedige**:

„Anfang des Monats habe ich mich noch gefragt, wie Torsten Albig die versprochenen zusätzlichen 120 Millionen Euro für die Kommunen und 180 Millionen Euro für Lehrer auftreiben will. Zur Finanzierung seiner Wahlgeschenke hatte der Sozialdemokrat nämlich keine Angaben gemacht.“ Inzwischen sei der SPD-Spitzenkandidat ihrer Aufforderung, zu erklären, wie er den Konsolidierungspfad bis 2020 beschreiten wolle, dankenswerterweise nachgekommen, so Loedige.

„Herr Albig hat offensichtlich gar nicht vor, dem Konsolidierungspfad zu folgen und die Vorgaben der Schuldenbremse einzuhalten. Dies offenbart eine erschreckend naive und verantwortungslose Sicht des SPD-Spitzenkandidaten auf den schleswig-holsteinischen Haushalt und die Vorgaben der Verfassung, aber wenigstens ist es ehrlich.“ Loedige verweist außerdem darauf, dass ein Verlassen des Konsolidierungspfades einen Verzicht auf die 80 Millionen Konsolidierungshilfe des Bundes bedeute, den sich das Land nicht leisten könne. „Ich erwarte von der SPD-Fraktion, dass sie sich jetzt klar positioniert. Steht sie zur von ihr mitbeschlossenen Schuldenbremse – oder folgt sie Albig?“ Vielleicht sollte die Fraktion Albig auch einmal dafür sensibilisieren, dass er eine 2/3-Mehrheit in Landtag bräuchte, um seine Ankündigungen umzusetzen, ohne die Landesverfassung zu brechen.

Von einer sehr speziellen Sicht auf die jüngere Geschichte des Landes zeuge Albigs Vorwurf, dass eine Gesellschaft, die über 30 Jahre den falschen Weg gegangen sei, eine lang angelegte, sparsame und konsequente Politik brauche. Es sei sozialdemokratische Politik gewesen, die die Schuldenlast in Schleswig-Holstein von 1988 bis 2009 sehenden Auges von neun Milliarden auf über 25 Milliarden – also um 180 Prozent – erhöht habe, so Loedige abschließend.

Frank Zabel, Pressesprecher, v.i.S.d.P., FDP Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag,
Landeshaus, 24171 Kiel, Postfach 7121, Telefon: 0431/9881488 Telefax: 0431/9881497,
E-Mail: info@fdp.ltsh.de, Internet: <http://www.fdp-sh.de/>

www.fdp-sh.de